

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colporture zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 772a.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Subscriptionsgebühren
betragen für die einjährige
Bestellung über deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Vereinsmitglieder halbes
10 Pfennige.
Subskription für die nächste Nummer
wärfen bis Sonntag 10 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Nr. 451.

Telephon
Nr. 451.

Nr. 83.

Montag, den 10. April 1899.

10. Jahrgang.

Von Windhorst auf Lieber!

Eine trübe Stimmung herrscht unter denjenigen Anhängern des Zentrums, die es mit ihrer Demokratie ehrlich meinen: denn die Wahrheit kann sich auch der vornehmsten nicht mehr verbergen, daß das Zentrum bereits mit allen Segeln im Fahrwasser der Regierung schwimmt. Mag sich nun unter diesen Manchen verwundert fragen, wie kam denn das so auf einmal — für die Sozialdemokratie ist das keine Ueberraschung. Die Sozialdemokratie hat das demokratische Gebahren des Zentrums stets nach seinem wirklichen Werth taxirt. Sie wußte und hat es von Anfang an ausgesprochen, daß das Zentrum nicht das Ziel verfolgte, die Interessen des Volkes zu vertreten, sondern jenes, sich des Volkes für seine Interessen zu bedienen, daß das Zentrum, weil es ihm nur darauf an, eine gute parlamentarische Partei der Regierung entgegen zu stellen, unter seinem Banner die verschiedensten sozialen Elemente vereinigte, deren Interessen einander zum Theil (wie die der Arbeiter und Kapitalisten) direkt widersprechen, und daß deshalb, wenn jenes einigende Band sich löst, die Parteiführung des Zentrums ihrem ganzen Charakter entsprechend, nach rechts abzuweichen muß, während die Volksmassen durch die sich immer mehr verhärfenden Klassengegensätze nach links gedrängt werden.

Man hat sich gewöhnt, den sogenannten Kulturkampf als ausschließlich Bismarcksche Geisteserschöpfung zu betrachten, und man begegnet sogar Behauptungen, daß Alles vermieden werden könnte, wenn Bismarck nicht auf jene „unglückselige Idee“ gekommen wäre; dann heißt es, Bismarck habe im Kulturkampf eine totale Niederlage erlitten. Durch diese Zuschreibung einer bedeutenden politischen Entwicklung auf eine Einzelperson wird die Darstellung durchaus falsch. Das Zentrum trat als Partei des Papstes und der katholischen Weislichkeit auf. Als solche war es von Haus aus eine reaktionäre Partei und mußte in Konflikt kommen mit der politischen Entwicklung des Reichs. Wir erinnern nur an die Frage der Zivilrechte, die dem Volke ebenso eine Befreiung und Erleichterung ist, wie der Geistlichkeit Verdrüßlichkeit; wir erinnern auch an die Adresse, welche das preussische Zentrum an Kaiser Wilhelm nach Versailles richtete, um die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes zu verlangen. Also eine parlamentarische Auseinandersetzung mit dem Ultramontanismus mußte stattfinden, diesen Stoff hat Bismarck vorgefunden, was er von sich aus hinzugefügt, waren die sogenannten Gewaltmaßregeln, in Wirklichkeit nichts als überhand Polizeihandlungen und da hat es sich denn wieder gezeigt, daß die Polizei die denkbar ungeeignetste Geburtshelferin der Geschichte ist. Das ist richtig, daß erst durch den Kulturkampf das Zentrum populär wurde. Blicke es auch nach wie vor reaktionär, so wurde es zugleich grundsätzlich oppositionell. In allen seinen parlamentarischen Stellungnahmen lehnt von nun an stets der Reim wieder: Diesem System keinen Mann und keinen Großen. Die Zentrumsführer waren schlau genug, um einzusehen, daß die kirchlichen Interessen allein nicht ausreichten, um die Masse auf die Dauer politisch zusammenzuhalten, und sie schrieben deshalb den Kampf gegen den Ultramontanismus und gegen die Steuern nebst einem bischen Sozialpolitik und einer hübschen Dosis Partikularismus auf ihre Fahne. Zu gleicher Zeit erhielten sie dadurch eine Handhabe gegenüber der Regierung, die sie durch Nichtbewilligungen der Enge zu treiben sich vornahm. Sieht man von Ideologen wie Malinrod, der es wirklich ehrlich meinte, ab,

so war für alle Anderen ihre ganze Oppositionstätigkeit nichts, als ein parlamentarisches Manöver, das sie sofort zu ändern bereit waren, wenn auf dem andern Wege ihnen größere Vorteile für ihre ultramontanen Zwecke winkten. Das Zentrum war auch in der letzten Zeit seiner Opposition stets bereit, sich in eine Regierungspartei zu verwandeln. Seine parlamentarische Haltung war stets doppelschichtig und die wütenden Oppositionsreden schlossen mit dem katonischen Satz: Im Uebrigen, wenn wir wollen, so können wir es auch anders machen. Ein Meister dieses Doppelspiels war bekanntlich Dr. Windhorst. Daß Windhorst etwas mehr Witz besaß, als Herr Dr. Lieber, der seine Erbschaft in der Partei angetreten hat, bedarf keines Nachweises, aber wir glauben, wenn es Windhorst beschieden wäre, bis auf den heutigen Tag an der Politik Theil zu nehmen, so würde man an der „kleinen Erzählung“ noch kein blaues Wunder erleben. Daß schon 1890 Anknüpfungen im Wege waren zwischen Windhorst und Bismarck ist jetzt dokumentarisch nachgewiesen und wird vom Zentrum nicht geleugnet. Schade, daß das nicht hat sein sollen. Diese Zusammenkunft des Führers der Ultramontanen mit dem Vater des Kulturkampfes unter Vermittelung des Juden Bleichröder gäbe eine hübsche Illustration zu „Trajan dem Weissen“. Der weiße Natan Bleichröder hätte gewiß ein neues Märchen von den goldenen Ringen zu erzählen gewußt.

Die politische Umwandlung des Zentrums ist durch eine sehr natürliche Entwicklung vor sich gegangen. Erstens hat der Ultramontanismus des Zentrums im Laufe der Zeit sehr bedeutend abgeflacht. Der Traum der Weltherrschaft des Papstes ist längst ausgeträumt worden. Die Politik des Vatikan selbst ist eine andere geworden und geht nicht mehr darauf hinaus, ein besonderes geistliches Reich herzustellen, sondern darauf, die Regierungen der bestehenden Staaten sich zu unterwerfen. In der Politik des deutschen Zentrums aber spielen die Interessen Roms so gut wie gar keine Rolle mehr. Andererseits mußte die katholische Kirche mit der Zivilrechte in Deutschland ebenso gut wie anderswo schlecht oder recht abfinden. Der Niederkampf dagegen wird freilich noch immer geführt, aber Niemand verheißt sich mehr, daß man diese mit dem modernen Staat eng lichte Einrichtung nicht rückgängig machen kann. Zweitens bestand der Bismarcksche „Kulturkampf“ in allem Uebrigen von Anfang an aus Halb- und Palliativmaßregeln. Zu einer wirklichen Trennung von Staat und Kirche — Erklärung der Religion zur Privatfache, wie es das sozialdemokratische Programm fordert — fehlte Bismarck der Muth. Der Rückzug war schon deshalb gar nicht schwer anzutreten. In dem Maße nun, wie die Chikanierungen aufgehört und die Bischöfe wieder ihr kirchliches Regiment antraten, begannen die Letzteren sich recht wohl zu fühlen und ihre Oppositionslust schwand. Die Partitatsfrage ist freilich noch nicht erledigt, aber, abgesehen von ultramontanen Ueberhebungen ist das nur eine Frage der niederen Geistlichkeit, und aus dieser macht man nicht soviel Wesens. Alles Andere sind nur noch Formalitäten und Geringsfügigkeiten, wie die Frage der Zulassung der Jesuiten. Das Ergebnis ist, daß das Zentrum aufgeführt hat, eine ultramontane Partei par excellence zu sein. Es vertritt gewiß noch immer die Interessen der katholischen Kirche, aber es hat dieserhalb keine Veranlassung mehr zu großen politischen Kämpfen und am allerwenigsten zur parlamentarischen Opposition, zumal Angesichts der steigenden Gefahr der Sozialdemokratie die getrennten Gewalten von Staat und Kirche sich immer enger wieder verbänden.

Nachdem aber der Ultramontanismus abgestreift wurde, tritt es offen zu Tage, daß das Zentrum aus denselben sozialen Elementen, wie die anderen bürgerlichen Parteien besteht. Das Zentrum als Partei mit ausgesprochenem politischen Charakter existirt nicht mehr. Es sind in ihm Agrarier, Industrielle, Kleinbürgerliche und bäuerliche Demokraten vertreten. Und da der Nationalliberalismus nach anderer Richtung eine analoge Entwicklung durchgemacht hat, indem er seinen Liberalismus bis auf die Knochen von sich abgestreift hat, so kann man getrost sagen, daß im Zentrum auch Nationalliberale vertreten sind. Der Unterschied von den anderen bürgerlichen Parteien ist nur der, daß noch immer eine große Zahl von Arbeitern aus Trägheitsmomenten in den Reihen des Zentrums verbleibt, die gar nicht mehr hineingehören. Aber die bürgerlichen Elemente des Zentrums werden durch ihre ganze soziale Stellung dazu gedrängt, sich mit den anderen bürgerlichen Fraktionen des Reichstages zu liiren, und das muß schließlich auch den katholischen Arbeitern die Augen darüber öffnen, daß nicht etwa das Zentrum plötzlich anders geworden ist, sondern daß sie durch drei Jahrzehnte vom Zentrum dupirt wurden.

Das Zentrum unter Dr. Lieber ist nicht nur gouvernemental, es ist kapitalistisch, also arbeitserneuernd. Das Kriterium ist jedoch durch das Verhalten des Zentrums bei der Militärvorlage aller Welt kundgegeben worden. Vielleicht dient die Zuchthausvorlage dazu, auch über den zweiten Punkt die nötige Klarheit zu schaffen.

Der Kaiser und die Legitimität.

Den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ meldet ihr hannoverscher Gewährsmann, der Kaiser habe sich gegenüber einem hannoverschen Adligen, der als königlich preussischer Kammerherr bei wiederholter Anwesenheit des Kaisers in Hannover mit ihm in Berührung gekommen ist, geäußert, daß, wenn er, der Kaiser, 1866 mitzubethatigen gegeben hätte, Hannover nicht annektirt worden wäre. Das Braunschweiger Blatt will bei allenfallsigen Dementi Namen nennen.

Die Nachricht wird bezweifelt. Warum? Der Kaiser, der ein überzeugter Anhänger des Gottesgnaden-Prinzips ist, muß der Meinung sein, daß die dynastische Revolution von 1866 mit ihrer Zerstörung des Gottesgnadenthums eine verwerfliche Politik gewesen sei.

Einfi und Fest!

Aus Kiel wird unserem Dresdener Parteiorgan geschrieben: Vor 50 Jahren, am 5. April, fand das Gefecht bei Eckernförde statt, wo einige Strandbatterien die dänische Flotte mit ihrer gewaltigen Geschützübermacht vernichteten. Und mit allem üblichen Klirren hat das Bürgerthum der mecklenburgischen Provinz am heutigen 5. April diesen Gedentag festlich begangen. Das ist gewiß das gute Recht des Bürgerthums; messen wir der schleswig-holsteinischen Bewegung auch durchaus keine große Bedeutung bei, weil diese Erhebung einer dynastischen Charakter trug, handelte es sich doch in erster Linie nur um die Ersetzung des Dänenkönigs durch den Herzog von Schleswig-Holstein, so wird doch ein Volk, das sich gegen die Fremdherrschaft auflehnt, immer die Sympathien aller Freiheitsfreunde finden. Interessant ist für uns nur, eine Parallele zu ziehen zwischen der damaligen Erhebung und der Jubelfeier vom 5. April. Damals war es das Junkerthum, und das Organ desselben, die „Kreuzzeitung“, welche

Die Rose von Dientis.

Von Heinrich Schäfer.

Man denke sich ein Ländchen von durcheinanderlaufenden Gebirgsflanken und beinahe dreihundert Gletschern, wie ein Regimentsregiment, in dessen Reihen die Einwohner ärmlich, aber friedlich, meistens vom Ertrage ihrer Heerden oder des sehr geringen Landbaues leben. Dies ist Graubünden. Die geringe Bevölkerung, nicht nur in allen Richtungen durch himmelhohe Bergzüge, durch dreierlei Sprachen und zweierlei Religionsbekenntnisse in sich geschieden, war es auch noch durch die vielgestaltige politische Gestaltung. Das Ganze bildete nicht weniger als eine Masse von fast dreißig kleinen, ziemlich selbstherrlichen Republiken, dort Hochgerichte genannt, mit besonderen Verfassungen, Gesetzen und Rechten. Diese Schar von Freistaaten theilweise durch drei unter sich abgeforderte und zu verschiedenen Zeiten entstandene Bünde zusammen, deren jeder wieder sein eigenes Bundeshaupt und seine eigene Bundeshauptversammlung hatte. Die drei Bünde aber waren durch Verträge wieder miteinander in einen allgemeinen Bund zusammengefaßt und stellten gegen das Ausland einen Gesamtstaat dar, dessen gemeinschaftliche Angelegenheiten durch Abgeordnete in einem gemeinsamen Bundestage berathen wurden. Die allbeherrschende Gewalt stand den drei Bundeshauptern zu. Doch über der Bundestage, noch die Regierung erstreckten sich großer Machtvollkommenheit, denn ihre Anordnungen waren wieder ohne Genehmigung sämtlicher einzelnen Republiken unterworfen. Die Mehrheit von den Stimmen derselben entschied, doch auch das Stimmrecht der Republiken war unter sich wieder sehr ungleich.

Nichts ist natürlicher, als daß bei solcher verworrenen Staatsverfassung ewige Verwirrungen, Umtriebe des Eigenwillens und Ehrgeizes, politische und kirchliche Entzweiungen,

zuweilen sogar bewaffnete Aufstände und Bürgerkriege, von denen die Weltgeschichte freilich wenig Notiz nahm, zu Hause waren. Der souveräne Landesfürst, das Volk nämlich, hatte aber das gewöhnliche Loos der Landesfürsten. Es wurde von Rathgebern und Günstlingen geschmeichelt, unwissend erhalten, nach deren Privatinteressen geleitet und nicht selten betrogen. Trieben es die Herren manchmal zu arg, so warf der aufbraunende Selbstherr Alles über den Haufen, das Gute wie das Schlechte. Weil aber bei solchen Anfallen von böser Laune Niemand größeren Schaden litt als der Landesherr selbst, so legte sich sein Zorn bald wieder.

In einem Staate, so arm und klein, wie dies Gebirgsland, wo, was auch wohl in großen Staaten der Fall sein mag, politische Grundzüge und Meinungen gewöhnlich von den ökonomischen Vortheilen ihrer Befenner abhängig waren, konnte es nie an Fraktionen fehlen. Lange Zeit spielte das durch viele Thäler verzweigte Geschlecht der Herren von Salis die Hauptrolle unter den Magnaten. An ihrer Spitze stand zuerst ein Mann von großer Geschäftsgewandtheit und Thätigkeit, Ulrich von Salis-Marshlin. Er fand es lange Zeit mit seinem Patriotismus verträglich, als Geschäftsträger des französischen Hofes, mit dem Ministertitel geschmückt, die Interessen einer fremden Macht im eigenen Vaterlande zu vertreten. Sobald er jedoch durch den Untergang Ludwig XIV. seine einflußreiche Stellung, und sobald seine zahlreiche Verwandtschaft oder Partei ihre beträchtlichen Einkünfte von Kriegsdiensten und aus Jahrgeldern verloren hatte, verwandelte er und sein Anhang sich in Frankreichs Todfeinde und wendete sich dem Erzhaufe Oesterreich zu, in der Hoffnung, durch dienstliche Hingabe an dessen Interessen neue Stützen ihres wankenden Ansehens zu gewinnen.

Ihrer allgewohnten Hoheit und Machtvollkommenheit war in der That schon früher mancherlei Abbruch geschehen. Die Gegenpartei in den Thälern des Hochlandes, reich an talent-

vollen und schaffstichtigen Männern, unter denen die der Familien Tscharnner, Planta, Davier, selbst einzelne Glieder des Hauses Salis*), hervortraten, ermüdete nicht, die größten, wie die kleinsten Staatskünden, Verfassungsverletzungen und Verletzungskünste der Oligarchie aufzuspüren und zu enthüllen. Sie setzten dem aristokratischen Stolge derselben hartnäckigen demokratischen Trost entgegen und hatte sogar schon die Macht der Landeshölle, welche das Haus Salis, seit einem halben Jahrhundert und länger, um 16,000 Gulden unangesehener zu seiner Selbstbereicherung besessen hatte, auf 60,000 emporgetrieben.

Dies und vieles andere schwellte täglich mehr beider Parteien Zorn oder Nachsucht. Beide wetteiferten darin, sich beim vielhüptigen Landesherren gegenseitig zu verächtigen und ihn zum Verderben der andern aufzureizen. Als aber der Mißwachs des Jahres 1793 und die beschränkte Einfuhr schwäbischen Getreides dazu kam, erhob sich in den Gemeinden tobender Unwille. Eine außerordentliche Landesversammlung, ein unparteiisches Gericht, wurde vom Volke zusammenberufen. Ulrich von Salis-Marshlins floh aus dem Lande, sei es aus Furcht vor Gerechtigkeit, oder aus Besorgniß vor der Ungerechtigkeit seiner Richter. Indessen sowohl er, wie mehrere der thätigsten Männer seiner oder der sogenannten österreichischen Partei, hüpften ihre politischen Schreden mit schweren Geldstrafen. Die siegreichen Segner, nun französische Partei geheißen, nannten sich selbst Patrioten, sie feierten einen entschiedenen Triumph. Baptista von Tscharnner, der Bürgermeister von Chur, stand fortan, als Landespräsident, an deren Spitze.

*) Unter ihnen auch der lebenswürdige Dichter, Gaudenz von Salis-Schwab.

Fortsetzung folgt.

mit allen Mitteln gegen die schleswig-holsteinische Bewegung bezogen. Es sei der Kampf eines Volkes gegen seinen Landesherren, gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit. Die ganze Bewegung sei Nationalitätsstreben. Und die Bundesgenossen der Schleswig-Holsteiner, die braven Preußen? Sie ließen ihre Namensblätter schmählich in Stich. Die preussischen Truppenführer hatten von Berlin den Befehl empfangen, nicht angriffswillig zu verfahren, und als durch diese Laune die schleswig-holsteinischen Truppen von den Dänen aufgerieben wurden, schloß Preußen auf eigene Faust den Waffenstillstand und später den Frieden, der die Erbprinzen wieder an Dänemark auslieferte. Damals waren die Junker von wildem Haß erfüllt gegen die schleswig-holsteinischen Anführer und Demokraten.

Und heute? Der König von Preußen und deutsche Kaiser hatte dem Kommandanten des Panzers Oldenburg den Befehl zugehen lassen, am 5. April, zur Jubelfeier des Tages von Sedan, mit dem Panzer Oldenburg in der Eternität dort zu bleiben. Eine Deputation des Panzerschiffes Oldenburg legte prächtige Kränze nieder an den Denkmälern der „Anführer und Demokraten.“ Und Herr v. Köller, der Grzjunker und Reaktionsär, ergriff als erster die Worte, um, wie schon so oft, die schöne Provinz Schleswig-Holstein zu feiern. Preussische Landräthe mit den anheimelnden Namen von der Necke und von Bülow beteiligten sich offiziell an der Jubelfeier. — So ändern sich die Zeiten!

Eine interessante Zuschrift.

Dem Münchener und dem Nürnberger Arbeitersekretariat ist vom belgischen Ministerium der Industrie und der Arbeit nachstehende wörtlich übersezte Zuschrift zugegangen: *Ministère de l'Industrie et du Travail.*

Ich würde sehr erfreut sein, die auf das Arbeitersekretariat bezüglichen Mittheilungen (Jahresberichte, Statistiken etc.) im Austausch gegen die vom Ministerium herausgegebenen Revue du Travail von welcher Sie begehrend die in diesem Jahre erschienenen Berichte erhalten zu empfangen.

Wenn Ihnen dieser Austausch genehm sein sollte, so adressieren Sie Ihre Sendungen an das Ministerium der Industrie und Arbeit, rue Cassinole 2, Brüssel, und unterrichten Sie mich, wobei die Veröffentlichungen der Revue du Travail in Zukunft abgesetzt werden sollen.

Genehmigen Sie etc.

Für den Minister: *(Unterschrift)*

Ob man sich an gewissen höheren Stellen Deutschlands nicht beschämt fühlt durch das Interesse, das ein ausländisches Ministerium einem Institut gegenüber an den Tag legt, das von organisierten Arbeitern errichtet und unterhalten wird? Und was sagt die Schamlosigkeit dazu?

Militarismus und Volkserziehung. Eine vergleichende Tabelle, welche der Berliner Volkslehrer einem vorjährigen heimischen Werke entnehmen hat, gibt Aufschluß, was in den einzelnen Kulturstaaten, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, aufgewendet wird für:

	Öffentlichen militärischen Unterricht:		Private	
	Jahre	50 Cent.	Jahre	40 Cent.
Schweden	3	85	20	20
Frankreich	2	40	12	45
Deutschland	2	75	14	25
England	1	55	3	—
Italien	1	75	—	5
Österreich	1	15	10	25
Rußland	—	—	—	—

Das ist der „Ergen des Land- und Wehrmilitarismus, der Schulpolitik und der Volkserziehung. Die angegebenen Zahlen zeigen eine so deutliche Sprache, daß jede weitere Bemerkung überflüssig erscheint.

Zur Reorganisation des Gerichtsbezirksamtes soll nach dem „Vol. Pol. Nachr.“ dem Senat nach der Schluss der gegenwärtigen Tagung eine Vorlage eingebracht werden.

Ausland.

Zum Dreijährigenstand

bringt der „Figaro“, während er sich seiner Publikationen von Gericht nicht, die Fortsetzung der Ermittlungen. Heute veröffentlicht er das Verbot des Artilleriekommandanten Dumont von der Garnison in Versailles. Dessen Anträge bezieht sich darauf, zu beweisen, daß das Verbot nicht von einem Artilleristen, also nicht von Dumont, herrühren kann, und in dem Verbotem gewisse Dokumente bezeichnen sind, welche ein Artillerist nicht besorgen könnte. Das Verbot Dumont's lautet während zweier Sitzungen.

Das Urtheil gegen den „Figaro“ wegen Verhöhnung der Verhandlungen des Dreijährigenstandes vor dem Senatshof lautet gegen den Chefredakteur und den verantwortlichen Redakteur mit je 300 Francs Geldstrafe.

Während die Augen sich die allgemeine Erregung in Bärenmühen aller Art. Das „Echo de Paris“ behauptet, es würden in Folge der sich nähernden Auszüge des Generals Ronger und des Unterstaatssekretärs Bernadé die vereinigten Kammern des Reichstages eine Sitzung abhalten, um die Frage einer nachträglichen Untersuchung zu prüfen. Man behauptet, dem „Figaro“ seien die Jägerstrasse durch einen General überreicht worden, welchen Bernadé auf eine wichtige Weise zu haben vermocht habe. Der betreffende General habe auch dem Reichstagspräsidenten die Urheberschaft dieser Überreichung angedeutet und Propaganda habe kein Wort des Tadels für den General gehabt.

Die nationalpolitischen Blätter behaupten, der Staatsanwalt von Arr habe über Bernadé, als dieser in Arr war, an den Justizminister einen Bericht erstattet, in welchem er mittheilt, daß Bernadé in nationaler Beziehung verständig sei. Ein ähnliches Abschweifen.

Die Karlistengefahr in Spanien

wird sehr wichtig. In Granada wurden einige Verhaftungen vorgenommen; es die verschiedenen Gouverneure, namentlich derjenige von Argonien und Malaga, wo die Carlisten vertrieben wurden, sind besondere Vorkehrungen abgenommen worden. Nach einer anderen Meldung soll die Verhaftung

der Karlisten und der Katholikenpartei, wie sie in der Provinz Guipuzcoa besteht, wie es heißt, kurz davor stehen, auch in anderen Provinzen festen Fuß zu fassen; es sind daher neuerliche Vorkehrungsmaßregeln in den Nordprovinzen getroffen und die militärischen Manöver bei einigen Truppenkörpern wieder aufgenommen worden. Der „Gapanol“ meint, die karlistische Bewegung bejmede hauptsächlich einen Wechsel in der Person des Parteiführers in der Richtung, daß ein neuer, aktiverer Parteiführer gewählt werde.

Das schwedische Justizgesetz verworfen.

Wie wir seiner Zeit berichteten, war das Gesetz, durch welches der „Zwang“ auf „Arbeitswillige“ unter schärfere Strafbestimmungen gestellt werden sollte, vom Reichstag mit erheblicher Majorität angenommen worden. Dieses Gesetz mußte, da von unserm Parteigenossen Branting und einigen Linksliberalen behauptet war, daß es eine Verfassungsänderung enthalte, erst dem Hochgericht vorgelegt werden. Die Prüfung dieses Gerichtshofes ist nunmehr erfolgt, und er hat entschieden, daß das Gesetz „verfassungswidrig und daher nicht sanktionirt werden dürfe.“ Man darf begierig sein, was die fanatischen Arbeiterfeinde im schwedischen Reichstag nun unternehmen werden.

Die Hungersnoth in Rußland.

Die Hungersnoth verheert eine Reihe russischer Gouvernements. Im Vorjahre, so schreibt man der „Rönlischen Ztg.“ aus Petersburg, brachte man gegen 50 Millionen Rubel, in diesem Jahre bereits gegen 30 Millionen Rubel, um einem Nothstande zu begegnen, dessen Beseitigung durch die bisherigen Mittel ausichtslos ist. Was die Privatwohlthätigkeit, die in Rußland immer ergiebig ist, geleistet hat und noch leistet, entzieht sich bis jetzt der Berechnung; es werden Millionen von Rubeln sein. Und wie wenig man mit diesen Mitteln und privaten Opfern erreicht hat, beweisen die Berichte aus den Hungergegenden. In einem kleinen Dorfe zur Hilfe für die „Bauern“ in Samara sammelte in kurzer Zeit 100,675 Rubel und füttert jetzt 15,000 Kinder aus 90 Dörfern. Man hat Werkstätten errichtet. Die Eltern harben und betteln, die Kinder werden der Landwirtschaft entfremdet. In Petersburg stehen die Bettler aus dem Hungerlande an jeder Straßenseite.

Zur Regelung der Samoa-Frage

besteht, wie „Reuters Bureau“ aus Washington meldet, sicherem Vernehmen nach zur Zeit die Absicht, daß jede der drei Mächte nur durch einen einzigen Kommissar bei der Berathung der Samoa-Angelegenheit vertreten sein soll; doch ist es möglich und sogar wahrscheinlich, daß jedem Kommissar ein Adjutant oder Sekretär zugeordnet wird.

Der endgiltigen Regelung der Samoafrage werden sich noch mancherlei Schwierigkeiten in den Weg stellen. Die deutsche Regierung läßt am Sonnabend durch das „Reichliche Bureau“ folgende halbamtliche Mittheilung verbreiten:

Durch einseitiges Eingreifen englischer und amerikanischer Schiffe vor Samoa kann der endgiltigen Regelung der samoanischen Angelegenheiten nicht vorgegriffen werden, die nach der Samoa-Akte von am Sonnabend einmündigen Mächte zu erfolgen hat. Die deutsche Regierung hält an diesem Standpunkt unbedingt fest und bemerkt demnach, jede Einsetzung einer neuen Regierung für Samoa, die sich ohne ihre Zustimmung vollziehen würde, als eine Verletzung der Samoa-Akte. Die kaiserlichen Konsuln in Samoa und Neuseeland sind in diesem Sinne mit Befehlen versehen worden.

Diese Mittheilung der deutschen Regierung wendet sich gegen das Verhalten der englischen und amerikanischen Behörden auf Samoa, welche die amerikanische Regierung als abgelehnt anerkennen.

Die Verhandlungen auf Samoa selbst sind noch nicht beendet.

Von China.

Korathen gegen französische Missionäre werden aus Korea gemeldet. In der Provinz Nchun Nchong in Korea wurde die französische Mission zerstört. Ein Priester wurde ermordet. Koreanische Truppen wurden nach dem Orte, wo die Ausschreitungen stattfanden, abgeordnet.

Zum Vergleich Italiens gegen China vertheilt die deutsche Regierung am Sonnabend Telegramme an Wien, nach welchen sich entschlossen ist, die Samoa-Frage in Bezug zu nehmen; „Daily Mail“ meldet ferner, die kaiserliche Regierung hätte bereits Truppen an der See gelandet.

Der englisch-chinesische Zwischenfall wegen Korea hat nach einer weiteren deutscher Mittheilung bereits einen Abwärtsschritt erfahren. Nach den Nachrichten an die britische Regierung sind die Verhandlungen rein östlicher Art geworden, von Umständen im Zusammenhang mit dem weiteren Fortschreiten der chinesischen Seite kein Anzeichen vorhanden. Die unterwerflichen Punkte, die in Korea angeklagt worden, sind das Ergebnis einer partiell-öffentlichen Stimmung gewesen, aber die militärischen Anforderungen hätten durch ihre Rücksicht die gewöhnliche Stellung gehabt, nämlich der Eingekerkerten entgegenzusetzen, daß die kaiserlichen Behörden entscheiden sollen, die Ordnung in Korea wiederherzustellen zu erhalten. Die Entscheidung über die Angelegenheit nach Korea auf dem Sitzungstisch in Folge davon aufgehoben zu sein.

Die deutsche Strafexpedition in Sibirien ist mit großer Strenge vorgegangen. Die „Reuters Bureau“ aus Petersburg meldet, daß die deutsche Detachment auf die „Gefangenen“ zurückgekehrt, nachdem es zwei Dörfer in der Nähe von Jibarsin, wo deutsche Soldaten angegriffen worden waren, niedergebrannt hat.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Vorbereitung des nächsten internationalen Arbeiterkongresses wird am 10. März in Berlin eine internationale Konferenz abgehalten. Es wird, wie man dem „Centralblatt“ mittheilt, nur allen für die Vorbereitung der 1. dem Weltkongress zugehörigen europäischen Delegirten zuzugelassen werden. Mit

Delegirte der „französischen Arbeiterpartei“ („Marxisten“) und bezeichnet Casaque und Delory, als Vertreter der „Revolutionssozialistischen Arbeiterpartei“ (Anarchisten); Jean Jotaby; als Vertreter der „unabhängigen Sozialisten“; Maurice Jambelli; und als Vertreter der „sozialrevolutionären Partei“ (Blanquisten); Ballant und Dubreuil. Ueber die sämtlichen Fraktionen, den „Bund der sozialistischen Arbeiter Frankreichs“ („Broussinisten“) liegt noch keine Nachricht vor. Sie wird aber zwei Delegirte senden, so daß Frankreich im Ganzen durch Delegirte vertreten sein wird. Guesde und Allemane sind durch ernste Erkrankung an der Theilnahme verhindert.

Arbeiterbewegung.

Eine Statistik der Personal- und Arbeitsverhältnisse in den Buchdrucker Deutschlands, die am 10. Dezember 1898 vom Verbandsbuchdrucker aufgenommen, veröffentlicht die neueste Nummer des „Correspondent für Deutsche Buchdrucker und Schriftsetzer.“ Danach arbeiten in 3926 Betrieben die Statistik von 1894 weniger 826) 35,870 Gehilfen, denen 21,217 Verbandsmitglieder (gegen 1894 mehr 6700), 14 Nicht-Verbandsmitglieder (gegen 1894 mehr 189) sind. Tarifmehrlöhne werden von diesen 35,870 Gehilfen 30,633 (gegen mehr: 4997), untermäßig entlohnt 5037 Gehilfen (gegen weniger: 1126 Gehilfen). — Arbeitszeit: 27,119 Gehilfen in Betrieben haben tarifmäßige, 8751 Gehilfen in 1588 Betrieben tarifmäßige (über effektiv neunmündige) Arbeitszeit. — Gehilfen-Ausgeleert haben im laufenden Jahre 1612 Lehrlinge (106 mehr als 1894). Eingestellt sind im laufenden Jahre 2390 Lehrlinge (gegen 1902 Sechsebrülinge (294 weniger als 1894) und 488 Lehrlinge (26 mehr als 1894). Insgesamt sind 10,560 Lehrlinge vorhanden und zwar 8189 Sechsebrülinge (2064 weniger als 1894) und 2371 Druckerlehrlinge (148 weniger als 1894).

Jahres-Bericht

des Gewerkschaftskartells für Breslau und Umgebung für das Geschäftsjahr 1898.

(Fortsetzung.)

Lohnbewegungen.

Den Dachdeckern, die hier seit dem Jahre 1897 organisiert sind, gelang es eine 10 prozentige Lohnerhöhung zu erzielen, ohne daß sie es nöthig hatten, in einen Streik einzutreten. Nachdem eine öffentliche Dachdecker-Versammlung am 26. Januar eine Reihe Forderungen — darunter 10stündige Arbeitszeit, Minimallohn von 40 Pf. und Abschaffung der Affordarbeit — aufgestellt hatte, dauerte ziemlich lange, ehe die Arbeitgeber über dieselben verhandelten. Erst in einer Versammlung am 18. Mai konnte die Kommission über den Stand der Verhandlungen mit den Unternehmern berichten, daß diese mit Ausnahme eines einzigen Lohnzuschlag von 10 Prozent gewilligt waren. Versammelten beschlossen, sich vorläufig mit dieser Aufbesserung begnügen zu wollen.

Die ebenfalls seit 1897 organisierten Feilenhauer und Schleifer, die für ihre harte, austreibende Arbeit häufigsmäßig schlecht bezahlt werden, traten am 29. April einen Streik ein, an dem 30 Kollegen betheilig waren. Die Arbeiter hatten den sechs hiesigen Arbeitgeber hauptsächlich folgende Forderungen unterbreitet: Führung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 54 Stunden, pro drei Ruhepausen, für Ueberstunden 25 Prozent Zuschlag, Feilen- und Maschinenbauer Abschaffung sämtlicher Maschinenarbeiten, ein Minimallohn von 21,50 Mark pro Woche, die Schleifer pro Zentner 3,50 Mark.

Die Unternehmer wollten von einer Bewilligung der Forderungen nichts wissen, und es kam zu einem fast Monate dauernden Kampfe, dessen endliches Ergebnis in daß in drei Firmen die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufgenommen wurde.

Einen guten Erfolg hatte im II. Quartal die Bewegung der Glasergesellen, die sich auch erst im Jahre 1897 ihrer Organisation zuwandten. Ohne Streik machten ihnen die Meister folgende Zugeständnisse: 60 stündige Arbeitszeit pro Woche, Minimal-Stundenlohn für jüngere Gesellen 25 Pf., ältere 30 Pf., für die Zeit von 8 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, sowie Sonntagsarbeit ein Lohnzuschlag von 25 Prozent.

Die Glacee-Handschuhmacher, die seit dem unter hies wiederkehrenden Krisen sehr zu leiden haben, wählten am Anfang des Jahres 1898 eine Lohnkommission, welche einen Lohnantrag ausarbeitete, der als wesentlichste Forderung folgendes enthielt:

- Herren-Handschuhe 1 Knopf pro Duzend 2,75 Mk.
- 2 „ „ „ „ 3,00
- Die Arbeitgeber verpflichteten sich, nachstehende Beträge zu zahlen:
- Herren-Handschuhe 1 Knopf pro Duzend 2,50 Mk.
- 2 „ „ „ „ 2,75

In einer öffentlichen Versammlung am 8. März gelang es in geheimer Abstimmung mit großer Mehrheit eine Resolution zur Annahme, welche besagte, daß die Stellungnahme zu dem aufgestellten Tarif zu vertagen sei und daß sich die Arbeiter mit dem bewilligten Zuschlag vorläufig begnügen sollten.

Bei den Holzarbeitern ist es im Jahre 1898 einer größeren Lohnbewegung nicht gekommen. Die Lohnkommission besah wohl, wie in einer öffentlichen Versammlung am 18. August berichtet wurde, die Genehmigung zu einer Lohnbewegung, aber Angesichts der Laune vieler Kollegen gegenüber der Organisation hat sie unterbleiben müssen. Die Kommission hat im Jahre 1897 erklämpfte Lohnerhöhungen anstrebt zu erhalten und sich gegen etwaige Lohnrückgänge wehren. Zu einer Arbeitseinstellung, an der 7 Mann theilhaft waren, kam es dieshalb Ende Dezember in der Strohfabrik von Grünthal, Brandenburgerstraße. Hier mußten die Arbeiter, trotz des niedrigen Lohnes noch das Arbeitsmaterial (Feilen, Sandpapier, Hämmer, Polier etc.) selbst bezahlen. Zuletzt verlangte man, daß die Arbeiter auch die Kosten für Schleif- und Polierarbeiten aus ihrer eigenen Tasche decken sollten, was einer nicht bedenklichen Lohnsenkung gleichkam. Darauf konnten sich die Arbeiter nicht einlassen, denn ihr Verdienst beträgt in Glatz durchschnittlich 18 Mk., in der hiesigen Zeit aber 9-9 Mk. wesentlich. Da alle Einigungsversuche fehlgeschlagen, erfolgte die Arbeitseinstellung. Verhandlungen

Lohnkommission mit Herrn Grünthal führten am 10. Januar 1899 zu einer Einigung der Parteien dahin, daß den Arbeitern die Schleiffcheiben kostenlos von der Firma geliefert werden.

In dem Baugeschäft von Max Seele kam es am 28. Februar zu einer Arbeitseinstellung, die im Wesentlichen auf das Submissionswesen zurückzuführen ist. Die Firma hatte als Mindestfordernde zum Preise von 14,803 Mark — die Höchstforderung der Firma Hauswald betrug 21,518.95 Mark — die Tischlerarbeiten für den städtischen Neubau des Siechenhauses übernommen. Die Arbeiter ahnten nun schon von Anfang an, was ihnen bevorstehen wird und verlangten daher, daß ihnen wenigstens das wöchentliche Kostgeld als verdientes Lohn berechnet werden möchte, was die Firma den älteren und besseren Gesellen auch zubilligte. Was diese beschränkt, trat thätig ein. Sämtliche Tischler, die mit Arbeiten für das Siechenhaus beschäftigt waren, kamen mit den Akkordpreisen nicht aus. Am Sonnabend, den 26. Februar erhielten zwei fleißige tüchtige Gesellen weder einen Pfennig Kostgeld oder Wochenlohn; als sie sich Sonntag bei Herrn Seele vorstellten, erfuhren sie von diesem, daß er sein Versprechen bezüglich des Kostgeldes zurückziehe und das Wochenlohn nur als Darlehen oder Voranschuß verabsolgt wird.

Dieser Fall, der recht deutlich zeigt, wohin das Submissionswesen führt, beschäftigte am 23. März eine öffentliche Bautischler-Versammlung, die ihr Bureau beauftragte, beim Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung dahin vorstellig zu werden, bezw. an diese Korporationen das dringende Ersuchen zu stellen, bei Vergabung von städtischen Arbeiten nicht mehr das Mindestgebot zu berücksichtigen, weil in solchen Fällen stets nur die Arbeiter den Nachteil haben. Die hierauf an den Vorstand der hiesigen Gesellschaft des Holzarbeiter-Vereins erhaltene Antwort besagt, daß der Magistrat im Einverständnis mit der Baudeputation beschlossen hat, an dem bisherigen Verfahren, die städtischen Arbeiten im Wege der Submission zu vergeben, nichts zu ändern. „Wir werden also“, heißt es wörtlich in dem Schreiben, „nach wie vor dem Mindestfordernden den Zuschlag erteilen, sofern nicht begründete Bedenken gegen die Leistungsfähigkeit des Unternehmers oder die Güte des angebotenen Materials bestehen. Wir weisen hierbei darauf hin, daß die in der Resolution vom 23. v. Mts. beklagten Vorkommnisse sich bei jeder Art der Vergabung der Arbeiten, sei es an Meist- oder Mindestfordernde, sei es aus freier Hand, ereignen können.“

Die Arbeiter haben also von dieser Seite keine Unterstützung gefunden; deshalb müssen die Arbeiterorganisationen auch den Kampf gegen die Auswüchse des Submissionswesens aufnehmen.

In der Stroh- und Filzhutbranche entstehen alljährlich bei Beginn der Saison im Frühjahr und Herbst Lohn Differenzen, die zum Teil leichter Natur sind, vielfach aber auch einen ernsten Charakter annehmen. Die Ursache liegt hauptsächlich in der Einführung von technischen Verbesserungen oder neuen Arbeitsmethoden, von welchen die Fabrikanten den Löwenanteil des Gewinnes für sich beanspruchen, ohne Rücksicht darauf, ob die Arbeiter hierbei einen auskömmlichen Verdienst haben. Die Kollegen bei Kabat u. Guttman standen nun im Herbst bereits seit mehreren Wochen mit den Fabrikanten in Differenzen, als ihnen plötzlich eine 20prozentige Lohnkürzung angekündigt wurde, auf welche sie unmöglich eingehen konnten, weil ihr Verdienst damals viele Wochen hindurch ein verhältnismäßig sehr geringer war. Zwölf organisierte Kollegen legten deshalb die Arbeit nieder. Leider hatten sich sechs Leute gefunden, welche die Firma einstellte. Gleichzeitig erging Seitens derselben an sechs Ausständigen die Aufforderung, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Da zu befürchten war, daß sich noch mehr Arbeitswillige finden würden, lehrten die aufgeförderten Kollegen auf Grund eines Versammlungsbeschlusses zur Arbeit zurück. Der Ausstand erreichte damit nach vierzehntägiger Dauer auf diese Weise sein Ende, ohne daß es zunächst gelang, die Lohnkürzung zu verhindern. Später machte sich die Lohnkürzung in Folge einer veränderten Arbeitseinteilung nicht mehr fühlbar. Die übrigen Ausständigen wurden sämtlich in anderen Fabriken untergebracht.

Die Klempner beschäftigten sich in einer öffentlichen Versammlung am 27. März mit der Einführung des Zehnstundentages und wählten eine fünfgliedrige Kommission, welche den Auftrag hatte, den Arbeitgebern die Forderung einer täglich zehnstündigen Arbeitszeit schriftlich zu unterbreiten. Die Kommission führte ihren Auftrag aus, konnte aber später in einer Versammlung nur mitteilen, daß die Arbeitgeber die Forderung der Gesellen abgelehnt haben; die Arbeiter beschlossen darauf, die Lohnbewegung zu vertagen.

Die Arbeiter der Glace Lederfärberei von Karl Sievers, Bartschstraße 6, legten am 10. August wegen Maßregelung zweier Kollegen die Arbeit nieder. Die Ausständigen stellten folgende Forderungen. Einstellung der gewahrgelassenen Arbeiter, keinerlei Entlassung ohne 14tägige Kündigung, durchschnittlicher Stundenlohn von 25 Pf., bessere Behandlung seitens des Unternehmers. Der Streik dauerte nur zwei Tage; am 12. August nahmen die sechs Ausständigen die Arbeit wieder auf.

In der lithographischen Anstalt von Paul Springer, Flurstraße, erhielten am 11. Mai sämtliche 12 Gehilfen (5 Lithographen, 4 Steinrunder, 2 Schriftsetzer und 1 Steinschleifer) gekündigt, weil sie es vorgezogen, eine Arbeitsordnung nicht zu unterschreiben, nach der sie auf Tagelohn gestellt werden sollten und die bisher erfolgte Bezahlung der gesetzlichen Feiertage wegfiel. Die Differenzen wurden am 17. Mai beigelegt. Der Einigkeit der organisierten Arbeiter und der Einsicht des Herrn Springer war es zu danken, daß bald ein vollständiger Ausgleich zu Stande kam. Die Kündigungen wurden zurückgezogen.

Aus guter W. t.

Auf der Suche nach Andree. Nordenskjöld in Stockholm hat von Dr. Martin ein vom 6. April datiertes Telegramm aus Strahojarsk folgenden Inhalts erhalten: Die Unterstaatssekretär

hat beschlossen eine aus zwei oder drei Professoren bestehende Expedition auszuführen, um in den Gegenden zwischen den Nebenflüssen des Jersikel, Pobjamena und Tungusta-Angara, nach Andree zu forschen. Ich selbst reise nach den Goldfeldern, von wo ich binnen einer Woche zurückkehre. Ueber die Glaubwürdigkeit des Jagers Hallin bin ich noch immer im Unklaren.

Ein furchtbares Erbenunglück wird aus Südrussland gemeldet: In dem Kohlenbergwerk des Grafen Gortowski unweit Dössa fand der „Post“ zufolge eine furchtbare Explosion schlagender Wetter statt. Bis jetzt wurden 51 Tote zu Tage gefördert, 40 Verletzte werden noch vermisst.

Eine Explosion erfolgte Freitag Vormittag in der Zitadelle von Huy (Belgien), wobei ein Granatsplitter Patronen und ein Pulverfaß entzündete. Durch die Explosion wurden zwei Personen getötet, vier Soldaten, ein Offizier, ein Adjutant und mehrere andere Personen verwundet. Die benachbarte Straße wurde völlig verwüstet. Die Explosion war von einem furchtbaren Knall begleitet und ries überall großen Schrecken hervor. Felsstücke wurden 100 Meter weit in Gärten geschleudert. Unmittelbar nach der ersten Explosion erfolgte eine zweite stärkere. Die beiden Töten und die Verwundeten sind furchtbar verblutet und verbrannt. Die Explosion erfolgte in der Bastion Nr. 1 während einer Übung mit Granaten. Es scheint, als ob die Unvorsichtigkeit eines Kanoniers bei der Handhabung einer mit Pulver geladenen Granate die Explosion veranlaßt hat. Der die Übungen beaufsichtigende Lieutenant wurde in eine Kasse mitgeschleudert und schwer verletzt; trotz der schweren Verletzungen kam er jedoch an die Unglücksstelle zurück, um die erste Hilfe zu leisten. Die Gefahr war sehr groß; unmittelbar neben dem Orte, wo die erste Explosion stattfand, befand sich ein Pulverdepot von 30000 Kilo. Der Brand konnte jedoch schnell gelöscht werden. Die Zahl der Opfer ist elf, davon sind zwei todt, zwei hoffnungslos verletzt und sieben schwer verwundet. Außerdem erlitten noch drei Personen leichtere Verletzungen.

Eine heftige Explosion erfolgte zu Dresden im Laboratorium der Stroh-Abtheile bei Bereitung von Phosphorsäure, wobei der Apotheker Pitag, ein Lehrling und ein Arbeiter schwer verletzt wurden.

Die schwarzen Posten sind in Fierlohn ausgebrochen. Eine Frau ist wahrscheinlich durch Verührung mit einer aus Riga gekommenen Familie angesteckt worden. Die Krankheit wurde sofort in die Isolation des alten Krankenhauses geschafft. Das Haus, in dem erste der Bodenfall festgestellt wurde, ist von zahlreichen Familien bewohnt, jedoch die Gefahr einer weiteren Verbreitung wohl vorliegt. Freitag Mittag ging das Gerücht, daß eine zweite Erkrankung an den schwarzen Posten vorkommen sei.

Römische Samerzette. Ein Fabrikant und Stadtverordneter aus Mainz, der sich in Rom aufhielt, promenierte kürzlich am Abend durch die römischen Straßen. Plötzlich wurde er von einigen zweifelhaften Personen angetroffen und heftig bedrängt. Passanten mieden sich jedoch ein, befreiten den Bedrängten aus den Händen seiner Peiniger und gaben ihm sicheres Geleit bis zu seinem Hotel. Hier angelangt, machte er die unangenehme Entdeckung, daß seine wohlgefüllte Brieftasche, sowie sein Portemonnaie und seine werthvolle goldene Taschenuhr verschwunden waren. Der Bestohlene, der um von Rom fortzukommen, gezwungen war, bei einem dortigen Bekannten eine Anleihe zu machen, ist nun im Zweifel darüber, ob die Strale, die ihn bedrängten, oder seine nachträglichen Beschützer die eigentlichen Räuber gewesen sind.

Zu einer Pulverexplosion kam es jüngst in Oran unter folgenden Umständen. Eine Frau Cabrera, die an Zahnschmerzen litt, fragte ihren künftigen Schwiegersohn nach einem Gegenmittel und dieser riet ihr zum Scherz Schießpulver an. Den Rath ernsthaft nehmend, holte sie eine Pulverfäße aus einem Schranke und trocknete das Pulver, da es nicht glett ausließ, in der Nähe des Ofens. Plötzlich erlöste ein furchtbarer Knall, Möbel und Fenster flogen in Trümmer und ein Brand brach aus, der durch Nachbarn rasch gelöscht wurde. Frau Cabrera wurde an Kopf, Brust und Händen so stark verwundet, daß sie sich in Lebensgefahr befindet; ihre Tochter und deren Bräutigam, der den Rath gegeben, hatten Brandwunden im Gesicht und am Kopfe. Alle Drei wurden in's Hospital geschafft.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 10. April 1899.

Achtung Genossen!

Der Gastwirth Bartich, Friedrich-Wilhelmstraße 41c, ersucht uns, mitzutheilen, daß er nicht geneigt ist, sein Lokal als Treffpunkt für unseren Wispaziergang herzugeben. Wir kommen diesem Wunsche hiermit nach. Die Arbeiter der Nikolaivorstadt werden nicht verzeihen, aus diesem Wunsche des Herrn Bartich die erforderlichen Folgerungen zu ziehen.

Der Weberstreik in Reichenbach.

Der Ausstand in den hiesigen Webereien nimmt immer größere Dimensionen an. Täglich suchen weniger Weber ihre Arbeitsplätze auf, um sofort sich den Ausständigen anzuschließen und nicht noch 14 Tage zu warten. Die meisten Fabriken müssen deshalb den Betrieb schon jetzt ganz einstellen.

Die schon berichtete Versammlung der Streikenden verlief durchaus würdig. Sovieel Personen der Saal nur faßen konnte, waren herbeigekommen, um in ruhiger Berathung die weiteren Schritte festzustellen, welche von den Ausständigen zu unternehmen sind. Genosse Kühn aus Langenbielau führte den Vorschlag und Genosse Krätzig-Bandeshut gab in 1 1/2stündiger Rede mit dem Thema: „Die zehnstündige Arbeitszeit und wie stellen sich die hiesigen Fabrikanten dazu“, einen vollständigen Ueberblick über die Lage der Weber in diesem Theil des Sülzgebirges. Klar gehe aus der bedrängten Lage hervor, daß die Arbeiter die volle Berechtigung haben, eine Aufbesserung herbeizuführen. Nicht allein, daß die Löhne bis auf das niedrigste Niveau gesunken sind, daß ein menschenwürdiges Dasein zu führen nur Wenigen möglich ist, auch die Arbeitszeit auf 10 Stunden festzusetzen, ist trotz mehrfacher Versuche bisher nicht gelungen. Vor drei Jahren hielten sich die Unternehmer auch nicht für konkurrenzfähig und der Zehnstundentag wurde für die Zukunft zurückgestellt. Jahre gingen ins Land, die Fabriken wurden zum Theil immer größer, die Unternehmer immer reicher — aber die Löhne immer schlechter. Da nun die hiesigen Arbeiter endlich Weise zu der Einsicht gekommen sind, daß sie nicht bloß arbeiten wollen, um die Taschen der Unternehmer zu füllen, sondern auch einen gerechten Theil von ihrer Arbeit beanspruchen, stellten sie in beschiedener Form aufs Neue die Forderung des Zehnstundentages. Schroff ablehnend war die Antwort der Fabrikanten. Bei dem ersten Versuch der Arbeiter, wurde die allgemeine Aussperrung perfekt, welche die Arbeiter mit sofortigen Verlassen der Arbeitsstätten beantworteten. Die Dienstleistungen hierfür noch eine ganze Reihe von argen Mißständen in den Fabriken zu Tage. Einig waren alle Redner in der Ueberzeugung, neu aufzuwachen im schweren, aufgebrungenen Kampfe. Das kam auch in der einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck, welche lautet:

„Die am heutigen Tage aus allen Fabriken stark versammelte Arbeiterchaft beschließt einstimmig auszuhalten in dem aufgezwungenen Kampfe und nicht eher wieder die Arbeit aufzunehmen, bis die Forderungen ganz und voll gewährt sind.“

Weit und breit kommen die Kundgebungen der Sympathieen mit den Gemahregellen. Am Sonnabend hat bereits der Ortsverein der Breslauer Buchdrucker den ersten Geldebtrag zur Unterstützung gesendet.

Auch das Oberrheinische Gewerkschaftskartell hat sich am gestrigen Sonntag mit der Unterstützung d. d. Weber beschäftigt.

* **Kompensation für den Mittellandkanal verlangt die Breslauer Handelskammer.** Der Syndikus der Breslauer Handelskammer, Berggrath Gothein, war von dieser beauftragt worden, in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus die Stellung der Kammer zur Mittellandkanalvorlage darzulegen. Die Eingabe faßt die Forderungen der Kammer in folgender Weise zusammen:

Wir erachten es für unbedingt geboten, daß die Forderung, daß die nachtheiligen Verkehrsverhältnisse, welche für die ostpreussische Industrie und Landwirthschaft aus dem Bau des Rhein-Elbe-Kanals erwachsen werden, a) durch ausreichende Verbesserung der bestehenden Wasserstraßen der östlichen Provinzen, b) durch Anlage neuer Wasserstraßen, c) durch geeignete Bahnbauten, d) durch eisenbahnwirtschaftliche Maßnahmen soweit als möglich ausgeglichen werden, bereits im Gesetz Aufnahme findet.

Sehr treffend bemerkt hierzu die „Volksztg.“:

Wenn nicht alljährlich Hunderte von Millionen für den Militarismus ausgebracht würden, wären diese Forderungen längst zum Besten der Provinz Schlesien erfüllt worden. — Aber die schlesischen Großindustriellen sind die größten Freunde jeder Militärvermehrung.

Der Stadtverordneten-Versammlung, die

Donnerstag, den 13. April ihre nächste Sitzung abhält, sind einige höchst wichtige Vorlagen zugegangen. Der Magistrat übersendet der Stadtverordneten-Versammlung den Entwurf (Sonderpläne) für den Neubau des Armenhauses in Herrnpfort. Nach den jetzt fertiggestellten Kostenschätzungen würden sich die Baukosten auf etwa 1,570,000 Mark stellen. Ferner beantragt der Magistrat eine Herabsetzung des Preises für den zu gewerblichen Zwecken dienenden elektrischen Strom, sowie eine Ermäßigung des Strompreises für Beleuchtungszwecke in einem besonderen Falle. Von größtem Interesse ist der der Stadtverordneten-Versammlung zur Beschlussfassung vorgelegte Vertrag mit der Pierbahn-Gesellschaft, wonach dieselbe sich zu verpflichten hat, die bisher von ihr betriebenen Linien für den elektrischen Betrieb umzubauen. Der Vertrag soll auf die Zeit bis zum 14. Juni 1923 abgeschlossen werden.

* **Verwendung des Fahrrades bei der Polizei.** Nachdem das Fahrrad bei der Berliner und Charlottenburger Polizei mit Nutzen Verwendung gefunden hat, soll es nunmehr auch, der „Deutschen Verkehrsztg.“ zufolge, bei den Polizeibehörden in Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau, Posen, Potsdam, Magdeburg, Hannover, Köln, Wiesbaden und Kassel eingeführt werden.

* **Zum Morde auf der Uferstraße wird gemeldet:** Der Komplize des Valers Klein, der 20jährige Handhufschmied Schmidt ist, wie schon kurz berichtet, Freitag verhaftet worden. Während Klein in Breslau geblieben war, hatte er es vorgezogen, Breslau zu meiden. Sein Plan war, nach Sachsen zu gehen, jedoch kam er zunächst nur bis Stabelwitz, Kr. Breslau, wo er in der Nacht zum 7. d. M. nächtigte. Da er Morgens gemahrt wurde, daß es ihm an Reisegeld fehler würde, kehrte er wieder nach Breslau zurück, um sich bei Verwandten Reisemittel zu verschaffen. Bald nach seiner Ankunft in Breslau wurde er jedoch von seiner Mutter veranlaßt, sich selbst der Polizei zu stellen.

Schmidt hatte sich am Freitag vor acht Tagen von seiner Mutter 30 Mk. geben lassen, um zu Verwandten nach der Lausitz zu reisen. Die Mutter besand sich auch in dem Glauben, ihr Sohn, welcher ihr besonders durch lange Krankheiten viel Sorge bereitet hat und aus diesem Grunde vom Militär zurückgestellt ist, sei nicht mehr in Breslau. Sie erfuhr erst durch die Zeitungen, daß er sich anscheinend durch den Besitz des Geldes hatte verlocken lassen, mit „guten Freunden“ hier noch zusammen zu sein.

* **Die Schußwaffe!** Sonnabend zeigte ein auf der Uferstraße wohnender Buchhalter in seiner Wohnung einem Bekannten einen Revolver. Eine Patrone, die darin steckte, kam zur Entladung und das Geschloß drang dem Mann in den Kopf, so daß er besinnungslos zusammenbrach. Die Verletzung dürfte eine schwere sein.

* **Ein Fahrraddieb** ist in der Person eines Technikers gefaßt worden. Derselbe hat die gestohlenen Räder auf den Namen Straßen verkauft.

* **Alkoholvergiftung.** Der 34jährige Sohn eines Haushalters auf der Radlergasse, der in Abwesenheit der Eltern aus einer ihm zugänglich gemachten Flasche Brantwein ein großes Quantum getrunken hatte, starb in der Nacht darauf an Alkoholvergiftung.

* **Das 24jährige Mädchen,** welchem am 6. d. Mts. auf der Fürstentrasse von einem Motorwagen ein Bein abgefahren wurde, ist seinen Verletzungen erlegen.

* **Aus dem Polizeibericht.** In das Polizeigefängnis wurden am 7. d. Mts. 30 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Fufsal, ein Spazierstock, eine Tonne Asphal, eine Brosche, ein Geldbeutel, ein goldenes Binocenz, eine Weisfah, drei Schirme und mehrere Schlüssel. — Abhanden kamen: eine goldene Damenremonstrir, eine Lederkassette, ein Badet Säck und drei Portemonnaies mit 15 Mk. 21,52 Mk. und 21,60 Mk. Inhalt.

Gewerbegericht. Sitzung v. 6. April. Vorsitzender Stadtrath Mengel. Ein Richter klagt gegen einen Wurfabrikanten auf Auszahlung von restirendem Lohn im Betrage von 4.50 Mark. Der Beklagte führt aus, daß durch die Schuld des Klägers das demselben anvertraute Pferd erkrankt sei. Für den dadurch entstandenen Schaden, welcher ganz erheblich höher als der eingezahlte Betrag ist, wolle er sich durch Zurückhaltung dieses Lohnrestes schadlos halten. Demgegenüber führt der Kläger an, daß das Pferd schon am Prine erkrankt war, als ihm dasselbe übergeben wurde. Er sei eines Tages in das Haus für den Klägers gekommen, hierbei sei die Thür, welche er vorher geöffnet und herumgelegt, weil derselbe keine Einhängvorrichtung hatte, durch die starke Zugluft wieder herabgefallen. Der Wagen sei hierdurch aufgeschlagen worden, wodurch das Pferd zu Falle kam und sich an dem kranken Knie verärgerte. Der Beklagte bestreitet, daß die Thür von selber wieder zugefallen wäre, behauptet vielmehr, daß der Kläger diese nicht geöffnet und wahrscheinlich versucht habe durch die halbgeöffnete Thür zu fahren. Da er dies an diesem Tage nicht selbst gesehen und auch sonst keine Zeugen angeben konnte, so wolle das Gewerbegericht an, daß der Kläger an dem Unfall keine Schuld trage und verurtheilt dringemäßig den Beklagten zur Zahlung des eingetragten Betrages an den Kläger.

